Badeni – Thun – Clary-Aldringen – Eulenburg.
Das österreichische Regierungssystem in der Krise der Jahre
1897–1899

Alfred ABLEITINGER

Im Jahre 1996 erschien ein umfangreiches Buch mit dem Titel „Im Schatten des Zweibundes“.¹ Darin befaßte sich seine Autorin, Isabel F. PANTENBURG, mit Problemen österreichisch-ungarischer Außenpolitik zwischen dem Beginn einer habsburgisch-russischen „Balkanentente“ im Mai 1897 und deren Ende mit der Annexion Bosnien-Herzegowinas im Herbst 1908. Der zentrale Abschnitt des Werkes handelt, fast sonderbar, von „Österreich-Ungarn zwischen Rußland und England“ (S. 213–410). Seine Voraussetzung ist, daß die für die Donaumonarchie vitale Lage auf dem Balkan während jener Jahre vorrangig durch das Verhältnis jener beiden „Flügel-mächte“ zueinander bestimmt wurde, d. h. lange durch ihr vermeintlich antagonistisches Verhältnis, dann, seit 1907, ihr zunehmend entspanntes, teilweise kooperatives. Wie Österreich-Ungarn sich in diesem Szenario positionieren, wie es jeweils agieren konnte, determinierte wieder wesentlich sein traditionelles Bündnis mit Berlin, wo man selbst noch keine spezifisch deutschen Balkaninteressen verfolgte. Deshalb existierte das Habsburgerreich, das ist Pantenburgs leitende These, „im Schatten des Zweibundes“.

Dazu trugen die innenpolitischen Verhältnisse Österreich-Ungarns maßgeblich bei, zumeist verstärkend, bisweilen verstörend. Daß Deutschösterreicher und Magyaren der Monarchie im Zuge der Umsetzung ihres Selbstverständnisses in politische Kategorien bereits seit 1870 auf den Zweibund positiv Wert gelegt hatten, ist bekannt. Ob sie ihre Rollen dabei eingehend geprüft und welche Überlegungen sie dabei allenfalls angestellt bzw. ausgeklammert oder ob sie sich reflexhaft-emotional so positioniert hatten, bleibt hier außer Betracht. Jedenfalls gaben sie dem Bündnis Stabilität. Umgekehrt wirkte dieses stabilisierend auf den hegemonialen Status der Deutschösterreicher in Cisleithanien, der Magyaren in Ungarn zurück. Wenn allerdings diese gewohnten innenpolitischen Gewichtsverteilungen nicht nur herausgefordert, sondern in ihrem Bestand tatsächlich einigermaßen fragwürdig wurden bzw. immerhin als fragwürdig erfahren wurden, kam ein Beben in die traditionelle Tektonik, wurde vielfach mit Verstörung reagiert. Es lag dann nahe, daß massive Versuche angestellt wurden, den Statusquo wiederherzustellen, es lag nahe, daß nach den Ursachen seiner Verschiebung geforscht wurde. Ebenso nahe lag, daß solche Versuche umso weniger rasch und leicht ihr Ziel erreichten, je beiläufiger die Ermittlung jener Ursachen erfolgte, je schneller sie zu vermeintlichen Resultaten kam. Verkürzte Wahrnehmungen

¹ Isabel F. PANTENBURG, *Im Schatten des Zweibundes. Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897–1908* (= Veröff. d. Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 86), Wien-Köln-Weimar 1996.

gen der Situation und der sie bedingenden Faktoren hingen dabei nicht zuletzt vom Horizont der Wahrnehmenden selber ab, gewissermaßen von ihren Gewohnheiten im weitesten Wortsinn.

PANTENBURG stellt sich dem Zusammenhang von Innenpolitik im Habsburgerreich und Bündnispraxis im Zweibund immerhin teilweise. Zwar verfolgt sie nicht, inwiefern ab 1905 die Vorgänge in Ungarn, die dort das hergebrachte Machtgefüge zeitweise aus seinen Verankerungen lösten und die darum zur „Reichskrise“ überhaupt anwachsen, die Binnenbeziehungen im Bündnis von Wien und Berlin affizierten – und die Außenpolitik des Deutschen Reiches bzw. Österreich-Ungarns im europäischen Kontext schlechthin. Aber sie widmet sich den ersten Erscheinungen in Cisleithanien, die so manifest als Verschiebungen auf der Waage seiner innenpolitischen Gewichte zu Tage traten, daß sie allenthalben sofort als schwere Krise seiner Stabilität verstanden wurden. Sie behandelt also, was üblicherweise die „Badeni-Krise“ der Jahre 1897/99 genannt wird, in ihren Rückwirkungen auf den Zweibund. Dabei legt sie primär die reichsdeutsche diplomatische Berichterstattung aus Wien zugrunde und ergänzt die durch deren Rezeption in den Berliner Zentralstellen und durch einschlägige Weisungen, die von diesen nach Wien gingen.²

Die Dokumente, die daraus resultierten, sind schon früher mitunter in geschichtswissenschaftlicher Absicht genutzt worden, z. B. von W. FRAUENDIENST und S. WANK.³ Das geschah überwiegend unter dem Gesichtspunkt, inwiefern sie erkennen lassen, ob, mit welchen Mitteln und mit welchen Resultaten das Deutsche Reich damals auf der inneren Szene Österreichs intervenierte bzw. zu intervenieren versuchte. WANK meinte das aus ihnen belegen zu können. PANTENBURG kommt zu vorsichtigeren Ergebnissen. Sie sieht die reichsdeutsche Diplomatie im Grunde „hilflos“ und kaum operationsfähig in den zeitgenössischen Konflikten zwischen den massiven Protesten des Großteils der deutschösterreichischen Bevölkerung und der parlamentarischen Obstruktion ihrer meisten Parteien gegen den Kurs der kaiserlichen Regierungen auf der einen Seite und der Entrüstung Franz Josephs über bzw. seiner persönlichen Verletztheit durch das deutschösterreichische Verhalten auf der anderen. Auf beide Seiten hatte die reichsdeutsche Diplomatie Rücksicht zu nehmen: ihre nationalen Sympathien (wenn auch nicht mit den radikalen Deutschnationalen vom Schlage G. v. Schönerers oder K. H. Wolfs), ihre monarchische Loyalität und ihre pragmatisch-taktischen Erwägungen durchkreuzten und neutralisierten einander, begrenzten ihre Aktionsfähigkeit auf ein Minimum.

Aber nicht dieses Thema soll hier wieder aufgegriffen werden. Wir lesen die einschlägigen Texte – solche, die FRAUENDIENST, WANK und PANTENBURG benützten,

² PANTENBURG (wie Anm. 1), 53–159.

³ Werner FRAUENDIENST, Zur Reichskrisis Österreich-Ungarns, in: Ostdeutsche Wissenschaft 5 (1958), 377–399. – Solomon WANK, The Impact of the Dual Alliance on the Germans in Austria and Vice-Versa, in: East Central Europe 7 (1980), 288–309.

aber auch viele zusätzliche, besonders aus Wien nach Berlin gegangene⁴ – daraufhin, was sie über die Wahrnehmung der Krise durch die Zeitgenossen sagen, was sie darüber mitteilen, welche Faktoren und Personen die Zeitgenossen in der Krise maßgeblich tätig sehen. In einem Wort: Wir blicken auf die Charakteristik dieser Krise und einige ihrer Ursachen durch bestimmte Zeitgenossen und beobachten gleichzeitig, welche Instrumente diese ausmachen, ihr zu steuern, und welche Ziele sie dabei anpeilen. Mit diesen Fragestellungen greifen wir Überlegungen wieder auf, die wir vor langer Zeit ohne viel Resonanz in die historiographische Diskussion einzuführen versucht haben.⁵ Wir stellen die Berichterstattung reichsdeutscher Diplomaten aus Wien bis Ende 1899 ins Zentrum und prüfen anschließend, freilich nur kurz, ob und inwiefern sie repräsentativ war für die Auffassung der maßgeblichen Segmente der „politischen Klasse“ Österreichs. Unser Interesse gilt somit, in anderen Worten, dem Verständnis der politischen Systemverhältnisse. Auf die „Badeni-Krise“ selbst, auf ihre akuten Konfliktgegenstände, d. h. insbesondere auf die inhaltlichen Probleme des Sprachengebrauches vor und in den cisleithanischen Behörden, auf ihre Verzahnungen mit den gleichzeitigen Verhandlungen um die Verlängerung bzw. Modifikation des wirtschaftlichen „Ausgleichs“ zwischen Österreich und Ungarn, auf ihre Verschränkung mit dem Erfordernis, die auf ihn bezüglichen Gesetzesvorlagen in Wien parlamentarisch zu verabschieden, überhaupt auf den Verlauf der Krise von Kasimir Badeni über Paul Gautsch zu Franz Thun und Manfred Clary-Aldringen gehen wir nur gelegentlich ein. Das meiste davon ist durch B. SUTTERS große Studien aus 1960/65 geläufig; auf sie nehmen wir bei Bedarf Bezug.⁶

I

Im April 1897 erließ die Regierung Badeni aus eigener Vollmacht drei Verordnungen, von denen zwei den Gebrauch der deutschen und tschechischen Sprache der

⁴ Die Quellen stammen aus dem Politischen Archiv (PA) des Auswärtigen Amtes in Bonn und dessen Unterbeständen „Österreich“; diese sind in Untergruppen numeriert, diese in „Bände“; innerhalb der Bände werden in der Folge die Berichte aus Wien mit ihrem Datum genannt; gewöhnlich stammen sie vom Botschafter Fürsten Philipp Eulenburg-Hertefeld selbst. – Einschlägige Quellen, die auch I. F. Pantenburg nützte, werden nach deren Buch zitiert. – Philipp Fürst Eulenburg (1847–1921), von 1894 bis 1903 Botschafter des Deutschen Reiches in Wien, war ein enger persönlicher Vertrauter und geradezu Freund Wilhelms II. und spielte deshalb am preußisch-deutschen Hof eine außerordentliche Rolle. Deshalb wurden, nicht zuletzt aus seinem Nachlaß im Bundesarchiv (Koblenz), viele Quellen publiziert; vgl. John C. G. Röhl (Hrsg.), Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 52/I–III), 3 Bde, Boppard 1983. – Zur Person die Skizze von John C. G. Röhl, Graf Philipp zu Eulenburg – des Kaisers bester Freund, in: DERS., Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik. 3. Aufl. München 1998, 35–77 (mit der umfangreichen älteren Literatur).

⁵ Alfred ABLEITINGER, Die deutsche Diplomatie und die Regierungs- und Verfassungskrise Österreichs 1899–1900, in: Bericht über den 11. Österreichischen Historikertag in Innsbruck vom 4. bis 8. 10. 1971, Wien 1972, 76–85. – DERS., Ernest von Koerber und das Verfassungsproblem im Jahre 1900. Österreichische Nationalitäten- und Innenpolitik zwischen Konstitutionalismus, Parlamentarismus und oktroyiertem allgemeinem Wahlrecht (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 12), Wien–Köln–Graz 1973, 37–53.

⁶ Berthold SUTTER, Die Badenschen Sprachenverordnungen von 1897. Ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer (= Veröff. d. Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 46, 47), 2 Bde, Graz–Köln 1960/65.

Bevölkerung gegenüber den staatlichen Behörden in Böhmen bzw. Mähren sowie deren Gebrauch innerhalb dieser Behörden zugunsten des Tschechischen neu regeln, während die dritte verfügte, daß die an den böhmischen Behörden tätigen Beamten nach vier Jahren die mündliche und schriftliche Beherrschung beider Sprachen nachweisen können mußten. Besonders die letzte Verfügung war ein Schlag gegen alle Vorstellungen, die seit Jahren von deutschösterreichischer Seite zur Bewältigung der einschlägigen Fragen vorgebracht worden waren. Sie antwortete mit Protesten von Gemeindevertretungen, mit Straßendemonstrationen. Sie antwortete mit Resolutionen österreichischer Landtage, in denen die Deutschen die Mehrheit innehatten; es nahmen sich also auch Institutionen des Themas an, auf deren Länder sich die Verordnungen nicht bezogen – ein auffälliges, irritierendes Symptom. Sie antwortete, als sich die Regierung weigerte, ihre Verfügungen sofort zurückzunehmen, mit parlamentarischer Obstruktion; bald nahmen fast alle deutschen Reichsratsabgeordneten an ihr teil, nur noch die katholisch-konservativen hielten sich von ihr fern. Gegen den Willen der Mehrheit der Mandatare wurde damit das Parlament lahmgelegt. Davon war nicht zuletzt die Behandlung der Ausgleichsgesetze mit Ungarn betroffen, die regulär noch 1897 hätten erledigt werden müssen. Daß diese auch wegen ihrer Inhalte vielfach unpopulär waren, kam der Obstruktion zugute. Die Regierung geriet prozedural und sachlich in ernste Verlegenheiten.

Von den deutschen Diplomaten nahm es Botschaftsrat Lichnowsky anfangs unkommentiert hin, als Ministerpräsident Badeni ihm im Mai sagte, seine Verordnungen hätten nur ein deutsches „Vorrecht“ korrigiert, das „in dem bisherigen Umfang nicht aufrechtzuerhalten war“.⁷ Bis in den August dauerte es, bevor dann Botschafter Eulenburg selbst sah, daß die Deutschösterreicher in „Bedrängnis“ waren; ihre Proteste hatten nichts genützt, die Session des Abgeordnetenhauses war geschlossen worden, das Parlament stand ihnen als Forum ihrer Opposition fürs erste nicht mehr zur Verfügung, sie mußten sich schlüssig werden, ob Wiederaufnahme der Obstruktion ihren Anliegen nicht umso mehr schaden werde, als sie Kaiser, Regierung, Hofkreise usw. mit Sicherheit desto ernster erbitterte, je dringlicher die Ausgleichsgesetze zu verabschieden waren. Damit sah Eulenburg auch ein Problem für den Zweibund entstehen. Er führte es aber einstweilen darauf zurück, daß die reichsdeutsche Öffentlichkeit sich stark hinter die Sache der Deutschösterreicher stellte, deren „Gebahren“ Badeni bereits ein „hochverräterisches“ nannte. „Darum enthalten die Deutschen Österreichs den Keim zu einer Störung unseres Bündnisses mit Österreich“, und es werde „in unserem Vortheile liegen, offiziell sehr kühl gegenüber den Deutschen zu verfahren, durch die wir nie etwas gewinnen können“.⁸ Eulenburgs spontane Zustimmung gilt dem Bündnis und gilt der Regierung, weil sie Regierung ist. Freilich weiß er auch, daß „wir ... die bedrängten Brüder nicht von uns stoßen können“.⁹ So zeichnet sich in Wahrheit ein Dilemma für Eulenburg und seine Regierung ab, zu dessen Auf-

⁷ PANTENBURG (wie Anm. 1), 69.

⁸ PANTENBURG (wie Anm. 1), 66.

⁹ Ebda.

lösung nichts bleibt als vorsichtige Ermahnungen an beide österreichischen Streitparteien. Aber bis zum Herbst 1897 fruchten diese Mittel nichts. Der deutschösterreichische Protest wird breiter und heftiger. Schließlich wird die deutsche Obstruktion im wieder versammelten Abgeordnetenhaus gewalttätig; Christlichsoziale, ja selbst die Sozialdemokraten schließen sich ihr an. Denn Regierung und Mehrheit im Abgeordnetenhaus haben sich dazu durchgerungen, unter Einsatz von Prozeduren, die juristisch kaum mehr haltbar sind, eine Geschäftsordnungsrevision vorzunehmen, die die extremsten Formen bisherigen Filibusters unmöglich machen soll; sie sieht Entfernung von Abgeordneten aus dem Sitzungssaal vor. Unter beispiellosen Umständen wird am 25. November festgestellt, daß die Mehrheit des Hauses den entsprechenden Antrag des Grafen Falkenhayn angenommen habe (angeblich, heißt es später, hätten ca. 200 Mandatare ihm zugestimmt).¹⁰ Tags darauf werden tatsächlich 13 Abgeordnete von der Verhandlung ausgeschlossen. Am 27. November ist infolgedessen jede Parlamentsberatung definitiv unmöglich geworden. Zugleich strömen in Wien und andernorts Massen zusammen, blutige Revolution scheint unmittelbar bevorzustehen. Bürgermeister Lueger erklärt, für die Sicherheit in Wien nicht mehr bürgen zu können. Darauf wird am 28. November Badeni entlassen, das Parlament erneut vertagt. Die Ausgleichsgesetze sind selbstverständlich unerledigt geblieben.¹¹

Während sich die Dinge zuspitzen, erfährt Eulenburg vom Wiener Außenminister, dem polnischen Grafen Agenor Goluchowski, man wolle, wenn die „Krise vorüber“ sei, „den radikalen Flügel der Deutschen fest anpacken – sehr fest“. Dem stimmt nun Eulenburg in seinem Bericht nach Berlin nicht mehr zu. Jede Maßnahme, gegen welchen Teil der Deutschösterreicher sie auch gerichtet werde, beinhalte „leider“ nur eine „Schwierigkeit für unsere Bundesgenossenschaft“.¹² Sein Dilemma verschärft sich, seine Sympathien („leider“) kollidieren mit seinen strategisch-taktischen Erwägungen. Denn seine Bereitschaft und Fähigkeit, zwischen radikalen und ansprechbaren Deutschösterreichern zu unterscheiden, ist zwar, anders als PANTENBURG anscheinend meint,¹³ weiter intakt, aber er sieht auch, daß Vorhaben, wie Goluchowski sie andeutet, nur *alle* Deutschösterreicher hinter die radikalen bringen werden.

II

Zu Badenis unmittelbarem Nachfolger ernannte der Kaiser Paul Gautsch, einen langjährigen Ministerialbeamten, der seit 1895 mit kurzer Unterbrechung als Unterrichtsminister fungiert hatte. Er ist zur Leitung eines gleichsam „unpolitischen“ Beamtenministeriums bestimmt, das abklären helfen soll, unter welchen Bedingungen in welche Richtung definitiv weiter regiert werden kann. Alle, außer anscheinend Gautsch selbst, wissen von seiner eng begrenzten Aufgabe. Noch können sich weder Franz Joseph noch die engere politische Elite einen „namenlosen“ Mann als dauer-

¹⁰ SUTTER (wie Anm. 6), II, 304.

¹¹ SUTTER (wie Anm. 6), II, 117–121.

¹² PANTENBURG (wie Anm. 1), 73.

¹³ PANTENBURG (wie Anm. 1), 73f.

haften Ministerpräsidenten vorstellen, noch fehlen wohl tatsächlich dafür die Voraussetzungen; Außen- und Kriegsminister sowie die Spitzen der ungarischen Regierungen sind sämtlich mit Angehörigen der „ersten Gesellschaft“ besetzt.¹⁴ – Gautsch spricht im Dezember und Jänner 1897/98 vertraulich mit deutschösterreichischen Parlamentariern, stellt ihnen revidierte Sprachenverordnungen in Aussicht, die zudem nur provisorisch gelten sollen, bis sie auf verfassungskonform-parlamentarischem Weg von gesetzlichen Regelungen abgelöst sein werden; das ist ein traditionelles Anliegen der Deutschösterreicher. Eine von deutscher Seite obstruktionsfreie Reichsratsstagung ist nicht ausgeschlossen, zumal von tschechischer Seite eher Öl ins Feuer gegossen, als dieses zu löschen versucht wird. Die Regierungspolitik scheint sich wieder der deutschen Seite zuzuwenden, Eulenburg hat nichts Spektakuläres zu berichten. Am 24. Februar 1898 erläßt Gautsch die versprochenen Verordnungen. Mittlerweile weiß er, daß, indem sie seinen Namen tragen, seinem Nachfolger der Start erleichtert werden soll.

Der ist Graf Franz Thun. Bald wird er für die Deutschösterreicher zur persona non grata werden. Aber anfangs steht er nicht für Konflikt mit ihnen, sondern für Verständigung. Daß nicht Fürst Georg Lobkowitz ernannt wurde, der den Tschechen nähersteht und mit dem manche „Insider“ gerechnet haben, bucht auch Eulenburg unter seine Verdienste.¹⁵ Thun gewinnt, Signal für den Ernst seines Verständigungswillens, je einen deutschen und tschechischen Parlamentarier für sein Kabinett, betraut sie – J. M. Baernreither bzw. J. Kaizl – mit gerade für die Beziehungen zu Ungarn zentralen Ressorts, Handel bzw. Finanzen. Tatsächlich beginnt das Abgeordnetenhaus seine neue Sitzungsserie ab 20. April nur scheinbar dramatisch. Deutsche Anträge auf Anklageerhebung gegen Badeni stehen auf dem Programm; daß sie nicht glatt abgelehnt werden, sondern sich im Plenum eine Mehrheit findet, um sie einem Ausschuß zuzuweisen, ist ein Symptom dafür, daß die Dinge in Fluß gekommen sind.¹⁶ Denn mittlerweile liegen elf Anträge, darunter fünf von deutschen Parteien, im Haus, die auf Sprachengesetze abzielen. Am 27. April gibt Thun dazu eine Erklärung ab. Ihr wichtigstes Element ist, daß Verständigung in der Sache der parlamentarischen Entscheidung vorausgehen müsse; die (deutschösterreichische) Minorität im Haus könne nicht einfach überstimmt werden, wenn man zum Ziel kommen wolle.¹⁷ Es sind die deutschen Parteien, die sich dennoch bereits entschlossen haben, die Anträge nicht einmal zwecks Beratung im Ausschuß passieren zu lassen. Interner Dissens in

¹⁴ So („namenlos“) charakterisiert Eulenburg zwei Jahre später den Ministerpräsidenten Ernest von Koerber, PA Österreich 88, 5. Bd. 17. 1. 1900; er konstatiert es als Schwäche Koerbers, daß seine Regierung am „Mangel an feudalen Namen“ leide, PA Österreich 70, 36. Bd. 10. 2. 1900. Eulenburg steht gewissermaßen für die Sicht „von oben“. Die „von unten“ verdeutlicht, in der Sache übereinstimmend, der spätere Unterrichtsminister Wilhelm von Hartel, der gegenüber Heinrich Friedjung im November 1898 über Gautsch sagte: „Er ist ein Mann ohne Titel, ohne Vermögen, ohne Stellung, denn daß er seine Sache als Unterrichtsminister leidlich gut gemacht hatte, war noch keine genügende Grundlage für ein leitendes Amt“; so lautet Friedjungs Notiz von seinem Gespräch mit Hartel: Heinrich FRIEDJUNG, Geschichte in Gesprächen. Aufzeichnungen 1898–1919. Hrsg. und eingeleitet von Franz ADLGASSER und Margret FRIEDRICH (= Veröff. d. Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 87), 2 Bde, Wien–Köln–Weimar 1997, hier I, 201.

¹⁵ PANTENBURG (wie Anm. 1), 78f.

¹⁶ SUTTER (wie Anm. 6), II, 302–305.

¹⁷ SUTTER (wie Anm. 6), II, 311f.

den komplizierten Sachfragen bestimmt sie zuerst dazu, erst dann, wie es scheint, die Erkenntnis, daß die Gautsch-Verordnungen während der unabsehbar langen Verständigungsgespräche in Kraft bleiben würden.¹⁸ So zieht sich die Debatte über die Anträge ergebnislos bis zum 6. Mai hin.¹⁹ Dann tagten die „Delegationen“, Parlamentsausschüsse Österreichs bzw. Ungarns, die jeweils ad hoc für die Beratung der auswärtigen und militärpolitischen Fragen (inklusive der Budgets der zuständigen „gemeinsamen“ Ministerien) gewählt wurden. Erst am 1. Juni kamen die österreichischen Abgeordneten wieder zusammen. Die Sprachendebatte wurde wiederaufgenommen, durchkreuzt von Dringlichkeitsanträgen zu dramatischen Vorgängen und „Exzessen“, die unterdessen in Prag und Graz stattgefunden hatten. Daß die Regierung als Reaktion auf sie den Gemeinderat von Graz hatte auflösen lassen, nicht aber den von Prag, provozierte jetzt verschärfte deutsche Angriffe gegen Thun selbst und einige seiner Minister; mit Verbalinjurien wurde nicht gespart. So ging es bis zum 7. Juni; nichts Substantielles konnte verhandelt werden.²⁰ Aus dem „Polenklub“ kam die Anregung, für Regierungsvorlagen, besonders solche zum Ausgleich mit Ungarn, parallele Sitzungen abzuhalten. Die deutschen Parteien verweigerten das; faktisch betrieben sie wieder Obstruktion. Die Mehrheitspartien lehnten es ab, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel – freilich bezüglich ihrer Wirksamkeit durchaus zweifelhaft – anzuwenden; SUTTER meinte, sie wollten die Regierung damit vollends auf ihre Seite ziehen.²¹ So wurde der Reichstag nach nochmaligen informellen Gesprächen Thuns mit deutschen Parteienvertretern erst am 13. Juni vertagt, am 24. Juli seine Session geschlossen; das sollte Thuns Verhandlungsposition gegenüber Ungarn stärken (und die Chancen, sein Verhandlungsergebnis später vom Wiener Parlament ratifiziert zu bekommen).²² In einem Wort: immer noch setzte er, als Voraussetzung dafür, auf tschechisch-deutsche Verständigung.

III

Wir führen diese Anfänge der Regierung Thun so breit aus, weil sie erkennen lassen, daß die reichsdeutsche Diplomatie in Wahrheit keinen seriösen Anlaß hatte, in Thun einen Gegner der Deutschösterreicher und des Zweibundes wahrzunehmen. Tatsächlich fiel er aber bereits 1898 in Berlin und in der deutschen Botschaft in Wien sozusagen in Ungnade, ja diese griff weit über ihn hinaus. Schon im Dezember 1897, Badeni war bereits entlassen, richtet sich ein Verdacht Eulenburgs gegen Österreich-Ungarns seit Mai günstigere Beziehungen mit Rußland. Die „Balkanentente“ bringt er mit Cisleithaniens innerer Regierungspolitik in einen „losen Zusammenhang“. Je mehr österreichische Regierungen in ihrem „Haß“ auf die Deutschösterreicher bestärkt würden – woran die Parteinahme reichsdeutscher Medien für die letzteren Anteil habe –, desto mehr erweitere sich „der schmale Riss, der jetzt zwischen uns und

¹⁸ SUTTER (wie Anm. 6), II, 307f., 313f.

¹⁹ SUTTER (wie Anm. 6), II, 318.

²⁰ SUTTER (wie Anm. 6), II, 361–366.

²¹ SUTTER (wie Anm. 6), II, 367.

²² SUTTER (wie Anm. 6), II, 367f., 394f.

Oesterreich leise erkennbar wird“.²³ Eine Wendung zum Föderalismus, den die Deutschösterreicher fast einhellig stets bekämpft hatten, sei nun in Wien möglich, selbst Goluchowski schließe sie nicht aus. Trete sie ein, müsse man fragen, ob „... Österreich überhaupt noch bündnisfähig für uns ist“.²⁴ Das schreibt Eulenburg freilich nur privat an Staatssekretär Bülow. Aber seine besorgte Einschätzung ist nicht mehr singular. Bereits Thuns Ernennung selbst sieht Friedrich von Holstein, die „graue Eminenz“ im Berliner Außenamt, „einer Kündigung des Dreibundes [sic!] sehr ähnlich“, und sie macht Bülow denken, daß nun Deutschland seinerseits „mehr als bisher russischen Wünschen und Zukunftsplänen Rechnung zu tragen“ haben werde.²⁵ Spricht er sich zugleich dennoch, anders als Holstein, dagegen aus, daß Eulenburg in Wien aktiv einzugreifen versuche, so spinnt er im Mai 1898 doch eine Intrige gegen Goluchowski: Er veranlaßt eine inhaltlich absichtlich verfälschte Publikation des russisch-habsburgischen Akkords vom Mai zuvor, um den Außenminister auf Berliner Kurs zurückzubringen, besonders bezüglich der Beziehungen zwischen Wien und London, und er geht auch ziemlich bevormundend mit Goluchowski um, wenn er massiv anregt, der solle, über seine öffentlichen Richtigstellungen hinaus, in London noch eine besondere Erklärung überreichen lassen.²⁶ Ungefähr gleichzeitig berichtet Lichnowsky, trotz gegenteiliger Versicherungen habe sich Thun der tschechischen Seite zugewandt,²⁷ und im August findet Eulenburg, Thun verschärfe mit Absicht die innenpolitischen Konflikte so sehr, damit bald nur mehr die Alternative zwischen seiner Entlassung oder einer Verfassungsänderung bleibe, unter der sich Eulenburg nur eine den Deutschösterreichern feindliche vorstellen kann.²⁸ In dieser Richtung gingen in der Tat allerlei Gerüchte und Mutmaßungen um, auch schienen öffentlich erkennbar Indizien auf sie hinzudeuten. Jedenfalls sieht Eulenburg den Moment gekommen, um mit Ungarns Regierungschef Desider Bánffy zu Verabredungen zu gelangen. Er habe dem, schreibt Eulenburg ausgerechnet an Franz Josephs Geburtstag einigermaßen salopp privat an Kaiser Wilhelm II., auseinandergesetzt, daß eine „slawische Führung der Regierung in Cisleithanien“ Berlin „den festen Boden unter den Füßen“ fortziehe, daß Berlin bereits „bei den ersten ernsthaften Symptomen einer Wendung nach jener Richtung genöthigt“ sei, „sich anderweitig in der Welt umzusehen“, daß dies für Ungarn eine Situation von „unberechenbarer Tragweite“ schaffe. Berlin und Budapest sollten sich deshalb darauf einrichten, „nicht gemeinsam – aber etwa gleichzeitig den Druck auszuüben, der stark genug wäre, um Oesterreich vor einem Schritt zu bewahren, der für die Habsburgische Monarchie den Anfang des Endes bedeuten würde“. Eulenburg resümiert das Ergebnis seines Kontaktes mit Bánffy dahin, daß sie zu einem „Verhandlungsabschluß“ gekommen seien.²⁹

Ob dieses Manöver Eulenburgs als massiver Interventionsversuch gelten soll oder als ein „deutliches Signal von Hilflosigkeit“, mag hier offen bleiben;³⁰ es kann übr-

²³ PANTENBURG (wie Anm. 1), 77.

²⁴ Ebda.

²⁵ PANTENBURG (wie Anm. 1), 79.

²⁶ PANTENBURG (wie Anm. 1), 253–270.

²⁷ PANTENBURG (wie Anm. 1), 83 (31. 5. 1898).

²⁸ Ebda.

²⁹ PANTENBURG (wie Anm. 1), 84f.

³⁰ WANK (wie Anm. 3), 307f. bzw. PANTENBURG (wie Anm. 1), 85.

gens für beides stehen, und zu prüfen ist vermutlich eher, inwiefern Nichteinmischung in innere Angelegenheiten dann jemals der Wirklichkeit nahe kam, wenn zwei oder mehrere Staaten erheblich von einander abhingen, gleichviel ob als Partner oder Gegner. – Jedenfalls herrschte zunehmend wechselseitige persönliche „Gereiztheit“ zwischen der deutschen Diplomatie und den habsburgischen Regierungsfunktionären.³¹ Die entlud sich, vollends sichtbar, im Spätherbst 1898. Thun deutete am 29. November im Abgeordnetenhaus an, Österreichs Regierung werde reichsdeutschen Ausweisungen österreichischer Staatsbürger allenfalls mit gleicher Münze antworten.³² Obwohl Eulenburg empfahl, den Vorfall nicht hochzuspielen, begehrten Wilhelm II. und Bülow öffentliche Entschuldigung. Goluchowski und Franz Joseph selbst wiesen dies umso fester zurück, als Thun seine Erklärung mit dem Außenminister verabredet hatte – vielleicht dessen Revanche für Bülows Bevormundungsversuche. Berlins Regierung mußte sich im Dezember damit abfinden. Es war klar geworden, daß es im Ernstfall nicht Thun allein gegenüberstand, sondern den Spitzen der Donaumonarchie überhaupt. Auch eine Intervention Bánffys im Berliner Sinne hatte daran nichts ändern können.

Demgemäß glaubte die Berliner Regierungselite auch sofort, daß ein dreibundkritischer Artikel aus der Feder von Karel Kramar, von dessen bevorstehendem Erscheinen in Paris sie Mitte Dezember Wind bekam, von Goluchowski inspiriert worden sei. Kramar, 1897 Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, 1898 aber dazu nicht wiedergewählt, galt ihr als Intimus Kaizls und damit ohne weiteres als Sprachrohr Thuns und Goluchowskis.³³ Daß davon nichts zutraf, ist heute nur darum bemerkenswert, weil es die begrenzten Kenntnisse der deutschen Diplomaten in Wien zeigt sowie die Weise und politische Tendenz, mit der sie ihre Informationslücken spontan füllten. Vermutlich hat der Umstand, daß Goluchowski die Causa dann ganz unaufgeregt behandelte, ihren Argwohn erst recht gesteigert. Nur daß Franz Joseph selbst den Aufsatz mißbilligte, weil er in der Berliner Presse als offiziöse Darstellung der eigentlichen Auffassungen der Monarchie kommentiert wurde, stimmte Eulenburg im März etwas günstiger.

IV

Interessant sind alle diese Vorgänge und Interpretationen, weil sie erkennen lassen, wo die deutschen Diplomaten und die Empfänger ihrer Berichte in Berlin die Kräfte in Österreich orten, die sie für wirklich gefährlich hielten. Das waren nicht etwa die

³¹ PANTENBURG (wie Anm. 1), 76. – Dasselbe Vokabel verwendet der österreichische Legationsrat Graf Karl Kinsky im Brief an seinen Vorgesetzten Aehrenthal, damals Botschafter in St. Petersburg, am 17. 5. 1899 für das Verhältnis zwischen Goluchowski und Bülow; Solomon WANK (Hrsg.), Aus dem Nachlaß Aehrenthal, Briefe und Dokumente zur österreichisch-ungarischen Innen- und Außenpolitik 1885–1912. In 2 Teilen (= Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 6), 2 Bde, Graz 1994, Nr. 126, S. 162.

³² PANTENBURG (wie Anm. 1), 83–115 (mit älterer Literatur). – Vgl. z. T. differenzierend Eulenburgs Gespräch mit Friedjung in FRIEDJUNG (wie Anm. 14), I, 202–204.

³³ PANTENBURG (wie Anm. 1), 115–120. – Zum in Wahrheit von Rivalität bestimmten Verhältnis zwischen Kaizl und Kramar aufschlußreich FRIEDJUNG (wie Anm. 14), I, 248f.

Tschechen per se und ihre Politiker; die standen für sie als permanente Gegner fest und waren, an sich relativ leicht, in engen Grenzen zu halten. Bedrohlich wurden sie nur, wenn sie Einfluß auf die Kreise gewannen und behaupteten, die für maßgeblich galten: den Kaiser, den Hof, die hohe Aristokratie usw., also die, die über die Auswahl der Minister entschieden. Deren Auffassungen, Vorurteile und psychische Dispositionen schlugen sich – den reichsdeutschen Einschätzungen zufolge – im Handeln der Wiener Minister nieder – eingeschlossen dem des Außenministers. Zu welchen Urteilen Eulenburg und Lichnowsky in Wien, aber auch Bülow und andere in Berlin kamen, ist erstens für sich genommen aufschlußreich. Sie sehen diese Kreise, „die Burg“, als nach wie vor von 1866 traumatisiert, sie sehen an ihnen „eine Art indolentes Trotzen gegen die von Preußen aufgezwungene Lage“. „Man rächt sich aber für die Unbill, die man von Preußen erlitt, an den kulturtragenden Deutschen in Österreich, welche der Burg als Fortschrittler erscheinen, die in geistigem Zusammenhang mit dem preußischen Parvenü stehen“. ³⁴ Diese Kreise sind „klerikal“ und „feudal“ und „föderalistisch“. Eulenburg fürchtet von ihnen „immer unverhüllter die Wendung zu Rom und Rußland“. ³⁵ „Hier aber sieht man in sehr hohen Kreisen die Deutschen Österreichs mit ultramontaner Färbung für die *eigentlichen* Deutschen an“, und die Tendenz, einem „Ministerium einen solchen Beigeschmack zu geben, bleibt daher immer bestehen“. ³⁶ Auch ihr politisches Zusammengehen mit „den Slawen“ entstammt nicht etwa genuiner Zuneigung: „Das Verhältnis der Burg mit ihrem gesamten feudalen Anhang zu den Slawen muß man sich nicht denken wie eine unverständliche Sympathie deutscher Ritter für ein fremdes Volk, sondern wie die Empfindung eines Herrengeschlechtes, das durch Jahrhunderte ... Rechte unter denen ausübte, die ihm heute noch den Rocksäum küssen. Dieses Empfinden erklärt auch die unfaßbare Kurzsichtigkeit der Feudalen gegenüber der gefährlich radikalen Entwicklung jener slawischen Volksstämme“. ³⁷ Unter jenen herrscht „bequeme, starre Indolenz“; „weit ausblickende Gedanken“ haben die „maßgebenden Faktoren“ nicht; „der österreichische Staatsmann und Beamte ... fühlt sich von dem Strudel der politischen und nationalen Kämpfe derart umtobt, daß er nicht weiter denkt als von Tag zu Tag. Er hat weder Zeit noch Fähigkeiten dazu. Das Material ist minderwertig“. ³⁸

Für unser Anliegen kann offen bleiben, wieviel an derartigen Einschätzungen grotesk übersteigerte Fehlwahrnehmung ist und wieviel zutreffende Elemente sie enthalten; beides eignet „schwarzen Legenden“. Das Bild von der „Burg“, die zwar bemerkt, daß die Welt um sie tobt, die sich darauf aber keinen Reim zu machen weiß und darum nach alter Manier fortwerkt, ist immerhin beachtlich und erinnert an Kafkas „Schloß“: Draußen kann sich keiner erklären, was drinnen vorgeht, und was herausdringt, ist so trivial wie geheimnisvoll. Wer, wie Eulenburg, dennoch Erklärung sucht, wandelt unsicher zwischen zwei Deutungsmustern: einmal einer Art Rationalität, die sich einen düsteren Befund aus düsteren Quellen herleitet und bald nichtige Alltäg-

³⁴ PANTENBURG (wie Anm. 1), 126.

³⁵ PA Österreich 70, 36. Bd. 18. 11. 1899.

³⁶ PA Österreich 70, 36. Bd. 29. 12. 1899.

³⁷ FRAUENDIENST (wie Anm. 3), 394f., PANTENBURG (wie Anm. 1), 125.

³⁸ PANTENBURG (wie Anm. 1), 124f.

lichkeit, bald Verschwörungen diagnostiziert, ³⁹ dann nervöser Dämonisierung, die sich zuletzt mit biologischen Fakten oder Rätseln bescheiden muß. In solche Unschlüssigkeit des Urteils fügt sich, daß sich in ihm Ahnungen von einem Gang der Welt – Emanzipation gegen Feudalismus durch das Medium moderner Kultur – mit Blindheit dafür vermengen, daß an diesem universalen Gang auch „Slawen“ teilhaben wollen (denen wird nur, anscheinend gegen diese Kultur gerichteter, gefährlicher Radikalismus attestiert). Eulenburg ist nicht so weit von Theodor Mommsens „Brief an die Deutschen in Österreich“ entfernt.

V

Nur den derart charakterisierten Kreisen Österreichs widmen Eulenburg und andere so viel Aufmerksamkeit; das führt zur zweiten Dimension, deretwegen ihre Auffassungen hier interessieren; wir kommen darauf am Schluß zurück. Die Wiener parlamentarische Szene, die Parteien und Personen, die auf ihr agieren, erfahren bei ihnen nur beiläufige Betrachtung, gewissermaßen nur als Materialien im Machtspiel der Herrschenden, mitunter als schwierig zu handhabendes Material. Maßgeblich sind nur jene „Kreise“. Auf ihre Dispositionen, auf ihre sozusagen souveränen Willensakte kommt es an; sie muß die deutsche Diplomatie beobachten, sie trachtet sie, soviel es geht, anzusprechen usw. Dabei hat sie 1898/99 schlechte Karten. Denn vor allem Franz Joseph selbst ist nicht bereit, vor den deutschösterreichischen Parteimanövern, vor dem Unmut der deutschösterreichischen Bevölkerung zu kapitulieren. Goluchowski, Thun und ihresgleichen bestärken den Monarchen darin. Zu tief ist bei ihnen allen – über ihre allgemeinen Einstellungen und allenfalls Vorurteile hinaus – die Entrüstung über die Deutschösterreicher. Diese gelten dem Kaiser geradezu als „Ketzer“, sagt Eulenburg gelegentlich. ⁴⁰ So wird gegen ihre parlamentarische Obstruktion durch Einsatz des Notverordnungsparagraphen 14 regiert, den das „Staatsgrundgesetz über die Reichsvertretung“ von 1867 enthält; 28 Male wird Thun auf ihn, gedeckt von Franz Joseph, zurückgreifen. ⁴¹ Deshalb bleibt auf der anderen Seite Eulenburg und anderen, die Thun entlassen und eine deutschfreundliche Regierung an seiner Stelle haben wollen, nur die Hoffnung, daß Bánffy so handelt, wie er wirklich oder vermeintlich könnte. Aber statt Thun gewissermaßen die Schlinge um den Hals zu legen, wirft der ihm einen Rettungsring zu: ⁴² Im August 1898 signalisiert er, daß der § 14

³⁹ PA Österreich 70, 36. Bd. 13. 12. 1899. Ein gutes Beispiel ist die Einschätzung Aehrenthals durch Eulenburg im Dezember 1899. Aehrenthal hatte eine Kritik an Thuns Nachfolger Clary-Aldringen geübt, die der Botschafter übrigens sehr bald teilen sollte; vgl. unten. – Das bloße Faktum seiner Kritik verweist Aehrenthal „auf denselben Standpunkt wie die Feudalen“. „Er leidet darunter, danach zu streben, von den hohen Herren als quasi ebenbürtig betrachtet zu werden. Darum schließt er sich deren Interessen eher an als den bürgerlichen. Darum ist ihm auch ein Ministerium lieber, das den Dreibund als Utilität ansieht, als ein solches, welches sein wärmstes Empfinden dafür einsetzt. Die Homogenität mit diesen Leuten tritt bei Aehrenthal dort auf, wo er nur an eine Verfassungsänderung denkt.“

⁴⁰ PA Österreich 70, 35. Bd. 29. 6. 1899.

⁴¹ SUTTER (wie Anm. 6), II, 150 Anm. 146. – Zum § 14 allgemein: Gernot D. HASIBA, Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848–1917). Notwendigkeit und Mißbrauch eines „Staatserhaltenden Instrumentes“ (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 22), Wien 1985.

⁴² Für das Folgende vgl. ABLEITINGER, Verfassungsproblem (wie Anm. 5), 33–38.

wenigstens bis 1903 in Cisleithanien für Materien in Anspruch genommen werden könne, die die Bewahrung der wirtschaftlichen Einheit Österreich-Ungarns betreffen. Das ist damals für ein Provisorium zwar schon einmal geschehen.⁴³ Aber jetzt bietet Bánffy ungleich mehr an und verlangt als Preis „nur“, daß die Inhalte der einschlägigen Regelungen für Ungarn günstiger sein müssen als bisher. Baernreither will diesen Weg nicht mitgehen und demissioniert im Oktober; in der Tat hätte er sich sonst bei den Deutschösterreichern vollends unmöglich gemacht. Aber umso hartnäckiger verhandeln Thun und Kaizl mit Ungarn. Denn sie wollen und müssen ein Ergebnis erreichen, das dem Monarchen, dem Wächter über die Einheit des Reiches, noch annehmbar genug ist, um Anwendung des § 14 zu erlauben. Im Juni 1899 ist es so weit. „Thun ist es gelungen den Ausgleich und auch schon einen Staatsvertrag mit § 14 zu machen“, schreibt Eulenburg am 16. Juni.⁴⁴ „Es gibt also eigentlich keine Verfassung mehr in Österreich, und jene, die diese Verfassung immer germanisierenden Centralismus genannt haben, jubeln: die Slawen und Klerikalen ... Bis 1903 kann Thun weiter wursteln, und die Deutschen können sich überlegen, ob sie dann die Lösung von Ungarn wollen oder klein begeben.“ Die einzige Chance für sie sieht der Botschafter darin, daß im Herbst „§ 14 ... nicht auf die Geldsachen angewendet wird“, d. h. auf Steuern und das Budgetgesetz.

Besonders seine Äußerungen zur „Verfassung“ enthalten goldene Worte, aber anders als Eulenburg denkt. In den folgenden Monaten hat er Grund, zwischen Zuversicht und Niedergeschlagenheit zu wechseln. Einmal glaubt er, die Konsequenz, mit der die Deutschen Verständigungsgespräche ablehnen, zu denen Thun gerade jetzt wieder läßt, nütze ihnen: Die „Deutschen wollen mit Thun nicht reden, die Verweigerung alter Staatsnotwendigkeiten hat die Rechte schon gespalten und bringt den Sturz Thuns näher“;⁴⁵ dessen Helfer im Parlament würden also unsicher, Teile von ihnen („Gruppe Kathrein“ aus Tirol) initiierten bereits Versöhnungsversuche. Aber der Kaiser wolle von dem nichts wissen, und „nur Rücksicht auf das Ausland dürfte ihn bestimmen“, sie zuzulassen; „Umbildung des Ministeriums im Sinn der Deutschen kommt für ihn nicht in Frage“.⁴⁶ Auch Anfang August ist Eulenburgs Einschätzung ambivalent:⁴⁷ Thun hat die Neuregelung der Zuckersteuer, die mit dem wirtschaftlichen Ausgleich zu tun hat, mittels § 14 ins Werk gesetzt, also einen Teil der „Geldsachen“. Die trifft die Deutschen, „während Bier- und Branntweinsteuer, die Tschechen und Polen treffen, zurückgestellt“ wurden. „Darüber heftigste Proteste aller deutschen Parteien“, gerade auch der Sozialdemokraten; „Tumulte überall“. Die deutschen Parlamentarier schicken sich an, da Thun bei den „Geldsachen“ eine Grenze, die der Text von § 14 setzt, nicht einhält, ihrerseits eine Grenze zu überschreiten, die sie im Interesse des Gesamtreiches bis jetzt respektiert haben: „Im Herbst wollen die Deutschen Thun bei den Delegationswahlen stürzen“.⁴⁸ Im Klartext: sie wollen die Wahlen in diese Organe im Parlament teilweise verhindern. – Ein paar Wochen später

⁴³ SUTTER (wie Anm. 6), II, 95 Anm. 51.

⁴⁴ PA Österreich 70 35. Bd.

⁴⁵ Ebda.

⁴⁶ Ebda.

⁴⁷ PA Österreich 70, 35. Bd. 4. 8. 1899.

⁴⁸ Ebda.

erfährt Eulenburg sogar aus Goluchowskis Mund: „Reaktivierung des Reichsrates ist unumgänglich, § 14 durch Zuckersteuer völlig unbrauchbar geworden. Leicht kann Schönerer die Deutschen auf die Straße führen. Thun müsse noch vor den Delegationswahlen gehen. Aber Franz Joseph hört ja niemanden und überrascht plötzlich alle.“⁴⁹ Wieder eine Woche später ergänzt der Botschafter: Sozialdemokraten und Deutschradikale stünden jetzt an der Spitze der Bewegung gegen Thun, und die gemäßigten Deutschen würden diese demnächst im Haus „nur dann nicht unterstützen, wenn es um Thuns persönliche Gesundheit und Leben geht“.⁵⁰ In der Substanz scheinen die Dinge auf die direkte Konfrontation zuzulaufen: national-deutsche *und* soziale Revolutionierung gegen den Kaiser und seinen Beharrungswillen. Da sieht sogar Goluchowski, „daß nur *mit* den Deutschen zu regieren sei“.⁵¹ Doch, sagt Eulenburg, sieht der das „wohl in der Theorie ein, ... aber in der Praxis unterläßt er es, mit dem nötigen Nachdruck bei dem immer mehr den Slawen zuneigenden Franz Joseph dahin zu wirken“. Anscheinend werde versucht, eine neue parlamentarische Kombination zustande zu bringen, ohne Tschechen und prononcierte Deutsche; Dipauli, Baernreithers Nachfolger im Handelsministerium und wie Kathrein aus Tirol stammend, arbeite daran. Offenbar erwartet Eulenburg davon wenig. Immerhin aber habe Goluchowski „zu erkennen gegeben, daß er nur vor einer völlig einwandfrei gewählten Delegation auftreten“ werde; das lasse darauf schließen, daß Thun ihm bereits eine „Rumpfdelegation“ zugemutet habe.⁵² Daß der Regierungschef das nicht ohne Vertrauen auf den Kaiser habe tun können, braucht Eulenburg gar nicht zu erwähnen. Auf den Monarchen, auf seine Wendung kam somit alles an, wenn der große, in seinen Folgen unabsehbare Zusammenstoß zwischen System und deutscher Massenbewegung noch vermieden werden sollte. Von verschiedenen Seiten wird deshalb in diesen Wochen auf ihn eingewirkt. Aber Franz Joseph will noch nicht aufgeben, er denkt „an persönliches Eingreifen zugunsten der Delegationswahl, angesichts der Fraglichkeit des Erfolges ein bedenklicher Schritt“, meint Eulenburg.⁵³ Schließlich kommt doch der „Umschwung“; der Botschafter glaubt, daß zu ihm die Kaisermanöver in Nordböhmen beigetragen hätten, wo Graf Coudenhove, der Statthalter in Prag, „für patriotischen Empfang vorgesorgt“ habe und „keine Schönerer-Kundgebungen vorkamen“.⁵⁴ Thun muß weichen. Aber Lichnowsky telegraphiert seine Sorgen über vielleicht zu viel Jubel in der reichsdeutschen Presse „wegen möglicher ungünstiger Wirkung auf kaiserliche Entschlüsse“ bei der Wahl von Thuns Nachfolger; „in deutsch-liberalen Kreisen“ Wiens herrschten „ernste Besorgnisse“.⁵⁵

⁴⁹ PA Österreich 70, 35. Bd. 20. 8. 1899.

⁵⁰ PA Österreich 70, 35. Bd. 27. 8. 1899.

⁵¹ PA Österreich 70, 35. Bd. 20. 8. 1899.

⁵² PA Österreich 70, 35. Bd. 28. 8. 1899.

⁵³ PA Österreich 70, 35. Bd. 3. 9. 1899.

⁵⁴ PA Österreich 70, 35. Bd. 21. 9. 1899.

⁵⁵ PA Österreich 70, 35. Bd. 26. 9. 1899.

VI

Zu Thuns Nachfolger wurde Graf Manfred Clary-Aldringen berufen, seit einem Jahr Statthalter in Graz, wo sich sein Vorgänger Bacquehem mit seiner Amtsführung allseits unmöglich gemacht hatte.⁵⁶ Freilich wurde Clary expressis verbis fürs erste nur provisorisch ernannt. Denn die Lage war sowohl trotz wie wegen Thuns Opferung unübersichtlicher, als Eulenburg sie mit seiner Konzentration auf Franz Josephs, Goluchowskis und einiger anderer Leute persönliche Willensbildung beurteilt hatte. Das mußte der Botschafter jetzt bald erfahren – und dabei Überraschendes lernen. –

Daß Clary die Sprachenverordnungen Gautschs aufhob und damit in dieser Hinsicht den Rechtszustand wiederherstellte, der vor Badeni geglitten hatte, lag in der Logik seiner Ernennung. Daß er es erst am 14. Oktober tat, drei Wochen nach Amtsantritt, war aber merkwürdig. Darüber, was er und andere mit wem immer währenddessen berieten, sind wir einstweilen nicht unterrichtet; die deutsche Botschaft fand oder wußte nichts nach Berlin zu melden. Vermutlich war andernorts geläufig oder wurde andernorts jetzt erst bewußt, daß das Entfernen des voluminösesten Steins des Anstoßes, der Verordnungen, andere Steine auf die politische Szene gerade rollen machte. Tschechische Obstruktion im Parlament anstelle der deutschen war nur der selbstverständlichste. Thun hatte wiederholt auf sie hingewiesen.⁵⁷ Immerhin gelangen dann die Delegationswahlen, die jetzt die Tschechen hatten verhindern wollen. Aber: „Die Polen und die deutschen Klerikalen waren [erst] durch ein Mahnwort Franz Josephs ... zur Vornahme der Wahlen veranlaßt worden.“⁵⁸ Auch jetzt noch gingen Eulenburg die Augen nicht wirklich dafür auf, von welcher Seite seinem Begriff von der Richtung österreichischer Innenpolitik Gefahr drohen konnte. Er beruhigte sich damit, „welchen bedeutenden Einfluß die Person des Monarchen trotz aller die Staatsform in Frage stellenden Strömungen und Gegenströmungen in Oesterreich immerhin noch zu nehmen in der Lage ist“, wenn sie auch den Deutschen im Land nicht mehr „zu ihrer ehemaligen Rolle“ verhelfen könnte, sondern nur zu einer, gemessen an den letzten Jahren, „besseren Stellung“. – Zugleich bemerkte er, daß die „Beseitigung der Verordnungen“ kaum dazu hingereicht hatte, „die Linke dazu zu bringen, ... die Wahlen zuzulassen“; ein „Teil der Deutschen“ stehe Clary trotzdem „noch sehr kühl gegenüber“, und die Schönerer-Gruppe habe überhaupt davor gewarnt, daß Clarys Politik „keine Gewähr biete gegen die Rückkehr ähnlicher Verhältnisse wie zu Zeiten Badenis und Thuns“. Deshalb fand Eulenburg: „Die nächste Schwierigkeit bildet die Erklärung, welche Graf Clary im Einverständnis mit der Krone über seine Stellungnahme zum § 14 abzugeben haben wird, da dieselbe weder die Rechte reizen noch die Linke unbefriedigt lassen darf, ohne deren Forderung nach einer diesbezüglichen Änderung der Verfassung verwirklichen zu können.“⁵⁹

Eulenburg hatte recht und er hatte bereits etwas gelernt, wenn er da eine „Schwierigkeit“ wahrnahm. Im Juni hatte er die Anwendung des § 14 auf die erste Vorlage

⁵⁶ FRIEDJUNG (wie Anm. 14), I, 271, 275. – SUTTER (wie Anm. 6), II, Kapitel IX, XII und XIII passim.

⁵⁷ Z. B. PA Österreich 88, 4. Bd. 2. 11. 1899.

⁵⁸ Ebda.

⁵⁹ Ebda.

zum wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn noch glattweg für die Suspendierung der Verfassung Österreichs gehalten, übereinstimmend mit den (meisten) deutschösterreichischen Parteien und Medien. Jedoch, wodurch die „Schwierigkeit“ jetzt verursacht wurde, wußte er anscheinend nicht; er deutete sie offenbar nur als Formulierungsproblem. Daß die deutschen Parteien die simple Abschaffung des § 14 in ihrem „Pfingstprogramm“ vor einigen Monaten verlangt hatten, war allerdings bekannt. Aber welches Interesse die „Rechte“ scheinbar an seiner Erhaltung haben mochte, vermochte der Botschafter nicht anzugeben. Es scheint, daß er die Komplikation darin sah, daß eine kaiserliche Regierung auf ein traditionelles Instrument, auch auf ein potentiell Machtmittel gegen das Parlament, mehr oder weniger verzichten mußte, um eine akute „Schwierigkeit“ zu überwinden.

Clary entschied sich bekanntlich für seine Person zu dem Versprechen, den Notverordnungsparagraphen unter keinen Umständen anzuwenden. Damit ging er nicht nur nach dem Geschmack Franz Josephs viel zu weit, wie dieser Eulenburg in einer Audienz am 20. November andeutete.⁶⁰ Clary gab sich mit ihr auch nicht nur eine Blöße gegenüber den „großen Herren“, die gegen ihn nun leichter beim Kaiser argumentieren konnten.⁶¹ Selbst Eulenburg sprach von dem „Fehler Clary, sich zu fest festzulegen“,⁶² aber er bemerkte noch immer nicht, worin dieser eigentlich bestand. Dabei war leicht zu sehen, daß seine Festlegung gegen den § 14 Clarys Schicksal von der Bereitschaft der Tschechen abhängig machte, ihre Obstruktion einzustellen bzw. einzuschränken, bzw., wenn es dazu nicht kam, von der Bereitschaft der „Polen und klerikalen Deutschen“, tschechische Obstruktion nicht zu unterstützen. Daß es mittlerweile die deutschen Parteien waren, denen der § 14 nützte, wenn eine Regierung von der Richtung Clary funktionsfähig bleiben sollte, erfaßten weder die selber noch Eulenburg: Noch Mitte November konstatierte dieser „eine Intrige der Rechten“, als sich die Staatsschuldenkontrollkommission weigerte, ohne Parlamentsbeschluß „die zur Einlösung der Staatsnoten erforderlichen Geldbestände herauszugeben“.⁶³ Erinnerte er sich nicht, daß er selber zu Thuns Tagen seine Hoffnungen auf dessen Sturz zeitweise darauf gegründet hatte, daß § 14 nicht auf die Geldsachen angewendet werden dürfe? Jetzt sah er im Verlangen nach gesetzeskonformem Verfahren simpel eine „Intrige“. Dabei hatte ihm Széll, Bánffys Nachfolger an der ungarischen Regierungsspitze, dem er „hervorragenden Anteil an der Entwicklung der Dinge in Oesterreich nach deutscher Richtung“ zuerkannte,⁶⁴ bereits Anfang Oktober, also nur eine Woche nach Thuns Sturz, auseinandergesetzt, man müsse hoffen, „daß sich die Deutschen nicht von professionsmäßigen Hetzern dazu verleiten lassen werden, den mit Mühe mit § 14 gemachten Ausgleich zu Fall zu bringen“.⁶⁵ Doch den aktuellen Wert des § 14 als Waffe im Köcher des eigenen politischen Anliegens, erkannte Eulenburg noch immer nicht. Was blieb, war demgemäß nur Clary zu maximalen Anstrengungen zu veranlassen, wieder mit Hilfe des Kaisers die Katholische Volkspartei – d. h. die sonst

⁶⁰ PA Österreich 70, 36. Bd. 13. 12. 1899.

⁶¹ Ebda.

⁶² Ebda.

⁶³ PA Österreich 88, 4. Bd. 15. 11. 1899.

⁶⁴ PA Österreich 70, 36. Bd. 30. 11. 1899.

⁶⁵ PA Österreich 88, 4. Bd. 4. 10. 1899.

„klerikal“ gescholtene Gruppe Dipauli-Kathrein – von den Tschechen abzutrennen, „die Rechte zu sprengen“.⁶⁶ Dazu, berichtete Eulenburg, habe er „den schärfsten Druck auf Graf Clary im Hinblick auf die Stimmung in Deutschland ausgeübt“. Eulenburg hoffte auch auf die Mitwirkung Goluchowskis, den „Mitschöpfer Clarys“.⁶⁷ Er setzt einmal mehr auf eine traditionelle Prozedur, die er, wenn die „Feudalen“ sich ihrer bedienten, wohl Hofintrige genannt hätte. Aber er sieht selbst ihrem positiven Ausgang mit gemischten Gefühlen entgegen: Gelingen die Operation, dann gingen die katholischen Deutschen mit den nationalen zusammen, und das würde allenfalls „eine Agitation in den deutschen Ländern entfalten, die fast einer Revolution nahe komme und die tschechische Bewegung ... in den Schatten“ stelle, und das enthielte eine Gefahr: es „würde kein Auge reichsdeutscher Professoren, Studenten und Philister trocken bleiben“.⁶⁸ So oder so: der Spielraum von monarchischen Eliten gesteuerter Politik drohte in Wien und Berlin enger zu werden durch Mittel, deren Einsatz zu wagen dieselben Eliten nicht mehr glaubten vermeiden zu können. Indessen, Eulenburg erblickte keine Wahl mehr und hoffte, das Angebot des einen oder anderen Ministerpostens würde die Führer der Katholischen Volkspartei überzeugen.⁶⁹ Doch selbst Franz Josephs Intervention nützte nichts.⁷⁰ Die tschechische Obstruktion, von Polen und Katholischer Volkspartei nicht wirklich gehindert, legte Clary lahm. Széll wird nochmals Mitte Dezember nach Wien zur Hilfe „berufen“. „Er rath Graf Clary, sich entweder durch die Deutschen von seinem Wort entbinden zu lassen, den § 14 nicht anzuwenden, oder mit einem ex-lex-Zustand den Ausgleich zu machen.“⁷¹ Eulenburg kommentiert das nicht mehr und hält nur fest, Clary weise „bis jetzt Beides zurück“. Franz Joseph wolle noch einen letzten Versuch machen, ihn dennoch „zu halten“. Mißlinge das, komme ein „ganz farbloses Übergangsministerium von ein paar Wochen ... das den Ausgleich mit § 14 macht“, erfährt der Botschafter „absolut geheim“ von Széll.⁷² Und so geschah es: am 21. Dezember löste Heinrich Ritter von Wittek, bisher Eisenbahnminister, Clary ab. Seine Regierung war, wie angedeutet, noch provisorischer als die vorangegangene. Hatte Eulenburg Anlaß aufzuatmen?

VII

Als Mitte November der Versuch unternommen wurde, die Katholische Volkspartei umzustimmen, hatte Eulenburg, skeptisch wie er war, sich zur Audienz bei Franz Joseph gemeldet.⁷³ Am 20. November hatte diese stattgefunden; vorsichtshalber hatte man sie sogar geheimgehalten. Wieder hatte der Botschafter „in längerer Auseinan-

⁶⁶ PA Österreich 88, 4. Bd. 15. 11. 1899.

⁶⁷ Ebda.

⁶⁸ Ebda.

⁶⁹ Ebda.

⁷⁰ PA Österreich 88, 4. Bd. 21. 11. 1899.

⁷¹ PA Österreich 88, 4. Bd. 17. 12. 1899.

⁷² Ebda. Vgl. ABLEITINGER, Verfassungsproblem (wie Anm. 5), 50–53.

⁷³ PA Österreich 88, 4. Bd. 15. 11. 1899.

dersetzung auf die bedenkliche Wirkung eines Wechsels“ im österreichischen Ministerium „in Deutschland hingewiesen“. Darauf hatte der Kaiser „auf das Bestimmteste“ erklärt, an Clary festhalten und für den Fall, daß der „in eine tatsächlich unhaltbare Lage kommen sollte“, ihn „nicht durch ein Parteiministerium sondern wieder durch ein Beamtenministerium ersetzen“ zu wollen.⁷⁴ Széll hatte das am 17. Dezember bestätigt und dabei nicht bloß an die farblose Übergangsregierung gedacht, sondern dem Sinne nach gesagt: „eine Kursänderung findet *keinesfalls* statt“.⁷⁵ Zwölf Tage später anerkannte Eulenburg, daß „eine entschiedene Wendung der Regierung nach der deutschen Seite“ seit dem Herbst stattgefunden habe. Aber er sah darin „durchaus keine *Sanierung* der inneren Lage“.⁷⁶ Warum? Wir folgen Eulenburgs Ausführungen vom nächsten Tag, dem 30. Dezember. Da redet er davon, daß „Mißstimmung“ herrsche, und diagnostiziert diese in drei Dimensionen, von denen jede zeigt, daß die Stimmungslagen aus ernsthafteren politischen Einschätzungen herrühren. Da ist erstens das Faktum, daß es trotz allem überhaupt gelungen ist, Clary zu stürzen. „Nur die Feudalen haben Freude, weil sie die Revanche für Thuns Fall durchsetzten.“ Als Beweis ihrer Täterschaft nimmt Eulenburg, „daß die obstruierenden Parteien und ihre Hintermänner, die Rechten und Polen, in dem Moment in die Beratung des Überweisungsgesetzes eintraten, als Clary fiel, und daß sie also alle persönlichen Bemühungen Franz Josephs nur mißachteten um dieser persönlichen Rache an Clary willen. Alles Entgegenkommen war daher nur Täuschung und Lüge gewesen“. Sogar „die Tschechen wüßten doch, daß er ein versöhnliches Element sei“. Die Täter sind die „Feudalen“. Daß und wodurch die deutschen Parteien, von der katholischen abgesehen, als Mittäter fungiert hatten, entgeht Eulenburg einmal mehr. – Zweitens herrscht Mißstimmung, weil Széll im ungarischen Parlament das Quotengesetz zurückgezogen habe, das Ungarns Beitrag zu den Budgets der dauerhaft gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie regelte und über das seit mehr als einem Jahr zwischen den Regierungen der Reichshälften zäh verhandelt worden war. Infolgedessen könne der Monarch jetzt nur ein auf ein halbes Jahr begrenztes Quoten-Provisorium verfügen. Damit bekomme Ungarn Pressionsmittel in die Hand, könne es wiederum „das österreichische Ministerium in Gefahr bringen. Viele halten das für eine Perfidie Szélls“. Diese Mißstimmung teilte Eulenburg allerdings nicht. Vielmehr sah er darin „einen sehr geschickten Schachzug Herrn von Szélls, *der für den Fall, daß das kommende Ministerium nicht dem ungarischen Geschmack entsprechen sollte, bereits die seidene Schnur bereit gelegt hat, um es zu erwürgen*“. Weil sich der Botschafter und der ungarische Regierungschef gerade erst wieder verständigt hatten, daß ihr einschlägiger Geschmack übereinstimmte, fand Eulenburg daran nichts Anstößiges – im Gegensatz „zu *allen* in Österreich“, wie er glaubte. – Er hatte schließlich noch einen zusätzlichen Grund, Széll Beifall zu spenden. Denn mit dessen Manövern konnte gegebenenfalls den Folgen des dritten unerfreulichen Befundes, zugleich der dritten Quelle von Mißstimmung, zukünftig begegnet werden: den Konsequenzen dessen nämlich, „daß alle

⁷⁴ PA Österreich 88, 4. Bd. 21. 11. 1899.

⁷⁵ PA Österreich 88, 4. Bd. 17. 12. 1899; der Wortlaut stammt hier von Eulenburg; Hervorhebung im Original.

⁷⁶ PA Österreich 70, 36. Bd. 29. 12. 1899; Hervorhebung im Original.

Ansprechen und alles persönliche Hervortreten des Kaisers nichts genützt hat und seinem Prestige abträglich war. Das Schwergewicht Franz Josephs hat eine starke Einbusse erlitten“.⁷⁷

Aber Szélls Schachzug bedeutete nicht mehr als einen Notbehelf, keine politische Sanierung (von der sachlichen, möchten wir hinzufügen, d. h. der den Zusammenhalt und die Effizienz der Habsburgermonarchie als Großmacht betreffenden Sanierung zu schweigen). Denn immer noch sah Eulenburg, daß „in sehr hohen Kreisen die Deutschen Oesterreichs mit ultramontaner Färbung für die *eigentlichen* Deutschen“ galten – jetzt formulierte er diesen Satz, den wir schon zitierten – und daß „die Tendenz, dem deutschen Ministerium einen solchen Beigeschmack zu geben, ... daher bestehen“ bliebe. Das war ihm das eine latente Hindernis für Sanierung. Das andere hing mit diesem zusammen und bestand in dem „Gedanken einer Verfassungsrevision“, von dem es hieß, daß ihm von der nächsten, definitiven Regierung „nähergetreten werden müsse“. Mit diesem Gedanken und Vokabel hatte Eulenburg stets nur Bedrohliches assoziiert. So beeilte er sich auch jetzt vor ihm zu warnen. Allerdings fügte er, weil er anscheinend nach den letzten Wochen, Monaten und Jahren, in welchen sämtliche traditionellen Pfeiler seines Verständnisses von der Donaumonarchie brüchig geworden waren, alles für möglich hielt, hinzu: Einen „Ausbau oder eine Änderung der bestehenden centralistischen Verfassung in centralistischem Sinne würde ich allein für denkbar halten, jedoch nur unter gewissen Garantien, daß das Mißtrauen der liberalen und demokratischen Deutschen Österreichs *absolut nicht geweckt werde*“. Sichtlich begann sich Eulenburgs gedanklicher Horizont zu erweitern. Aber da er weder selber eine Vorstellung davon hatte, worin solcher Ausbau bestehen mochte, noch von den Inhalten dieser Option sonstwo etwas erfuhr, blieb er ganz und gar skeptisch, ja bedrückt: „Wie bei allen solchen Wechseln in der Regierung hat Kaiser Franz Joseph die Geduld verloren. Der Wunsch so schnell als möglich das definitive Ministerium zu ernennen, wird immer lebhafter, während durchaus nicht gesagt ist, ob dieser Prototyp eines provisorischen Ministeriums nicht [sic!] in der gegenwärtigen schwierigen Lage gerade das geeignetste sei, weiter zu ‚regieren‘.“⁷⁸ In seiner Not mutierte der Preuße Eulenburg am Vorabend des neuen Jahrhunderts zum Lobredner österreichischer Provisorien.

VIII

Eulenburgs depressives Befinden hat die Erfahrung zum Hintergrund, daß eine Manier von Steuerung auf der zentralen Politikebene nicht annähernd mehr so funktionstüchtig ist, wie er sie gewohnt war und geradezu für selbstverständlich hielt. Daß er nicht nur seine eigene „Mißstimmung“ artikuliert, ist so deutlich wie charakteristisch. Daß er von *Mißstimmung* schreibt, signalisiert, daß er (und nicht bloß er allein) sich nicht klar machen kann, was es eigentlich ist und noch weniger wodurch verursacht ist, was da aus den Fugen gerät. Zwar nimmt er eine konzentrierte Manifestati-

⁷⁷ PA Österreich 70, 36. Bd. 30. 12. 1899.

⁷⁸ PA Österreich 70, 36. Bd. 29. 12. 1899.

on davon wahr, wenn er den Fehlschlag allen persönlichen Hervortretens des Kaisers als eine der Quellen von Mißstimmung anspricht, doch er erfaßt diesen Fehlschlag eben nicht als Manifestation von Allgemeinerem.

Funktionsuntüchtig geworden ist de facto in den Jahren seit 1897 ein Management von Politik auf oberster Ebene, d. h. einstweilen auf cisleithanischer, das eine eng begrenzte Elite besorgt hatte. In deren Zentrum hatte der Monarch selbst agiert, deren Legitimation als politische Elite war von ihm teils indirekt (Hocharistokratie), teils direkt (höchste Staatsfunktionäre, Regierungschefs, Minister) determiniert. Im Selbstverständnis und Rollenverhalten dieser Träger von Politikmanagement kam allen anderen Faktoren und Funktionären – Parteien, Parlamentsfraktionen, maßgeblichen Abgeordneten, auch Amtsträgern von Landes- und Kommunalorganen – letzten Endes nur der Charakter gestaltungsbedürftigen Stoffes, zumeist formbaren Materials zu. Diesen eignet zwar eine spezifische, gewissermaßen physikalische Trägheit; sie sind nicht schlechthin verfügbar, sie müssen irgendwie berücksichtigt werden, mit ihnen ist zu kalkulieren, ihnen sind immer auch Zugeständnisse zu machen, ist „Entgegenkommen“ zu erweisen. Aber ihnen kommt aus der Sicht der eigentlichen Elite nicht wirkliche Autonomie zu; die ist auf „autonome“ Landes- und auf Kommunalpolitik beschränkt (und selbst diese beiden unterliegen vielfach kaiserlich-„landesfürstlichen“ Genehmigungsvorbehalten), die bezieht sich in beiden Häusern des Parlaments auf „Zustimmungs“-Akte zu Regierungsinitiativen (wenngleich es das Recht parlamentarischer Gesetzesinitiative gibt), die erstreckt sich auf einige parlamentsinterne Abläufe, jedoch nicht auf alle (die Wahl der Parlamentspräsidien bedarf der kaiserlichen Zustimmung). Der Status der Personen, die dieser semi-autonomen Sphäre angehören, ist ebenso wie jener der in letzter Instanz vom Monarchen rekrutierten staatlichen Funktionsebene ein abgeleiteter, worunter beide Gruppen nicht selten leiden. Das sarkastische Wort vom „Dank des Hauses Österreich“ beleuchtet aus der Perspektive dieser Personengruppe immer wieder solches Leid, wie es auch deren halb- oder unselbständigen, sozusagen bloß stofflichen Status spiegelt. Der Brief der Gräfin Christine Thun-Salm an Aehrenthal von Ende 1898, der vom Umgang mit dem 1895 fallengelassenen Außenminister Grafen Kálnocky handelt, ist in mehr als einer Hinsicht ein signifikantes Beispiel dafür.⁷⁹

B. SUTTER schrieb 1960 mit Berufung auf H. v. SRBIK, daß sich Franz Joseph „den beträchtlichen Rest seines Selbstherrschertums, auf Parteien, politische Institutionen und Personen unmittelbar und mittelbar einzuwirken, niemals nehmen ließ“.⁸⁰ Er charakterisierte damit zutreffend die andere Perspektive, die Optik der Elite, besonders die ihres Zellkernes, als es im Frühjahr 1897 darum ging, wie sich die Regierung Badeni dem gerade neu gewählten Abgeordnetenhaus gegenüber einstellen sollte. Ihr Vorsatz war, selber die ihr genehme Mehrheit im Parlament zu bilden, nachdem sie sich klar gemacht hatte, daß die zu erledigenden Aufgaben (Wirtschaftsausgleich mit Ungarn, Aufstockung des „Rekrutenkontingentes“) mit wechselnden, jeweils ad hoc zu formierenden Mehrheiten kaum bewältigt werden könnten. Badeni peilte eine Mehrheit an, deren Kern Jungtschechen und ein Teil der deutschen Liberalen, der ver-

⁷⁹ WANK, Nachlaß (wie Anm. 31); Nr. 121, 154f.

⁸⁰ SUTTER (wie Anm. 6), I, 224.

fassungstreue Großgrundbesitz, abgeben sollten. Mit der erwähnten „Trägheit“, mit deren Eigensinn kalkulierte er insoweit, als er den Jungtschechen Sprachenverordnungen in Aussicht stellte und deren Inhalt mit ihnen weitestgehend absprach, und insoweit nicht, als er mit seinem zweiten Wunschpartner nicht analog verfuhr, sondern ihn nur unvollständig ins Bild setzte. Daß die Verordnungen, wenn sie denn erlassen wurden, nur enthalten sollten, was aus dem Konsens der beiden Seiten resultierte, kam ihm nicht in den Sinn; seine Regierung durfte nicht als Vollzugsorgan von Parlamentsklubs fungieren. Sie hatte zu erlassen, was sie, mit Zustimmung des Kaisers selbstverständlich, sprachrechtlich für „objektiv“ geboten fand, und sie handelte demgemäß, nachdem ihre Pläne für die Mehrheitsbildung an den Realitäten geplatzt waren. Bei SUTTER kann man die Erörterungen dazu im einzelnen nachlesen.⁸¹

Realität wurde nämlich in den letzten März- und ersten Apriltagen 1897 die parlamentarische Majorität der „Rechten“. SUTTER stellt auch deren Elemente und Motive eingehend dar.⁸² Gemäß ihrer Programmatik nannte sie sich „autonomistisch“, weil sie die Kompetenzen der Länder Cisleithaniens zu Lasten des Zentralstaates ausweiten wollte, wenn auch de facto vorsichtig. Autonomistisch war sie allerdings weitaus seriöser infolge des Faktums, daß sie sich selbsttätig formierte, ausdrücklich gegen den erkennbaren Regierungswillen. Daß die „Feudalen“, der katholisch-konservative Adel Böhmens, dabei die Initiative ergriffen hatte, war zwar nicht präzedenzlos, aber dennoch nicht ohne gewisse Ironie. Daß der traditionell regierungsfreundliche Polenklub mehrheitlich mitmachte – trotz oder eben wegen des aus seinem Milieu stammenden Grafen Badeni –, daß die Katholische (zumeist deutsche) Volkspartei der Alpenländer (Gruppe Dipauli-Kathrein), obwohl habituell nicht weniger „kaisertreu“ als die Polen und vom Kaiser gegen Badeni gelegentlich in Schutz genommen, für das Unternehmen gewonnen wurde, verstärkt diesen Eindruck: Es handelte sich nicht zuletzt um einen Konflikt innerhalb der Funktionselite, nicht wenig um einen aus persönlichen und Gruppen-Animositäten genährten. Dazu paßte, daß die ihrer Genesis nach oppositionellen Jungtschechen als letzte zu der „rechten“ Mehrheit stießen (und daß später u. a. von Eulenburg erwartet wurde, daß die Wähler der Katholischen Volkspartei sich von deren „Führern“ emanzipieren würden).

Eben dieser ihrer Entstehungsgeschichte und Zusammensetzung wegen ist die „Rechte“ in der Folge nicht recht ernst genommen worden. Sie erscheint zwar als einigermassen eigensinnig, aber doch als negativ formbar. Denn unausgesetzt haben wir Aktionen beobachtet, die darauf abzielten, sie zu „sprengen“; Polenklub und Katholische Volkspartei taugen, wie man glaubt, als Ansatzpunkte. Der Kaiser selbst begann sie anscheinend erst positiver zu sehen, als die deutschösterreichische Obstruktion im Parlament eskalierte und die deutschösterreichischen Massen auf den Straßen demonstrierten; positiver aber bloß im Kontext seiner taktischen Perspektiven, seiner Strategie. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses, das im Frühjahr 1897 gegen den Willen Badenis ausschließlich aus Mitgliedern der „Rechten“ gewählt worden war, sollte im August nach den Vorstellungen von Kaiser und Regierungschef dazu gebracht werden, eine Revision der parlamentarischen Geschäftsordnung durchzusetzen, die

⁸¹ SUTTER (wie Anm. 6), I, 133–228, bes. 219–226.

⁸² SUTTER (wie Anm. 6), I, 207–212.

Obstruktion unmöglich machte oder erschwerte. Am 8. September verlangte Franz Joseph von der „Rechten“, zu „beweisen, daß sie eine wirkliche Majorität sei. Sie müsse zuerst zeigen, was sie leisten kann – und nicht vor allem mit Wünschen und Forderungen an die Regierung herantreten“; so referierte das Ministerratsprotokoll seine Worte.⁸³ Man erkennt, wie sehr sie nach wie vor als dienender Faktor vom Monarchen betrachtet wird, als Instrument, das, wenn es seine Tauglichkeit und seinen Gehorsam erwiesen haben wird, „Wünsche“ äußern und Belohnung erwarten darf. Ihre Autonomie ist nach wie vor nicht akzeptiert. Demgemäß wird ihr Dienst, Ende November die „Lex Falkenhayn“ beschlossen zu haben, auch nicht wirklich gewürdigt. Franz Joseph schiebt ihn beiseite, er entläßt Badeni wegen des deutschen Aufruhrs jener Tage und ersetzt ihn durch Gautsch, der die „Rechten“ immer konsequenter abgelehnt hat als selbst Badeni. Auch Thun ist dann, anders als Eulenburg glaubt und die deutschösterreichische Opposition suggeriert, kein Mann der „Rechten“, sondern einer der Verständigung. Allerdings geht er mit der Mehrheit pfleglicher um. Denn er sieht, daß, wenn sie zerfiele, oder wenn er versuchte, sie zu ignorieren, nur die Kapitulation vor den Obstruktionsparteien übrig bliebe. Aber auch er versucht die „Rechte“ primär als Druckmittel zu benützen, um die Deutschösterreicher auf die Bahn von Verständigungsgesprächen zu bringen. Deshalb verweigert er den Deutschen vorweg die Zurücknahme der Sprachenverordnungen. Doch geht sein taktisches Kalkül nicht auf, denn die Deutschösterreicher lehnen die Teilnahme an einem parlamentarischen Ausschuß für Sprachenfragen ab, weil sie erkennen, daß mißlingende Verständigung in ihm die fortgesetzte Geltung der Verordnungen bedeutet, und weil sie ahnen, daß Verständigung im Ausschuß nicht mehr einfach zu ihren Konditionen zu haben ist, solange die „Rechte“ existiert. Ihre alte Forderung nach dem Sprachengesetz ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse zusehends kontraproduktiv; es beginnt ihnen zu dämmern, daß sie des Schutzes der obrigkeitlichen Regierung bedürfen. Es charakterisiert Thuns Position als vermittelnde, gerade nicht als „rechte“, daß er parlamentarische Mehrheitsentscheidung in Sprachensachen ablehnt, daß er Verständigung der Parteien im vorparlamentarischen Raum verlangt; damit schützt er die Deutschen vor Majorisierung, drängt sie aber auch durch Aufrechterhaltung der Verordnungen zu Kompromissen. Damit will er zugleich die traditionelle Rolle der Regierungen oberhalb von Parlament und Parteien behaupten.

Davon nimmt Eulenburg offenbar nichts wahr. Er erfaßt nicht den taktischen Wert der „Rechten“ für eine Regierung, die im traditionellen Sinn Regierung des Monarchen sein und bleiben will. Er rezipiert die Position der Deutschösterreicher, die Thun auch bekämpfen, weil der die „Rechte“ nicht ignoriert oder sprengt; Eulenburg und sie nehmen Thun nur als „Feudalen“ wahr, als Exponenten der „hohen Kreise“, die der Botschafter so bitter charakterisiert. Seine Mittel gegen Thun sind die derselben Hofintrige, die er den „Feudalen“ nicht konzediert. Daß eine Regierung, welcher „Färbung“ immer, wenn es ihr weder gelingt, eine parlamentarische Mehrheit nach ihrem Geschmack zu formieren, noch eine autonom konstituierte Mehrheit zu sprengen, die ihr nicht zusagt, als ultima ratio ihrer selbständigen Existenz des § 14 bedarf, machen sich die Deutschösterreicher so wenig klar wie Eulenburg. Jene fordern des-

⁸³ SUTTER (wie Anm. 6), II, 99.

sen ersatzlose Abschaffung, Einschränkung oder Nichtanwendung, Eulenburg teilt ihre Forderungen. Erst als Clary an Thuns Stelle getreten ist, gewahrt er langsam, daß die Wendung, die der Kaiser damit genommen hat, noch keine „Sanierung“ bedeutet. Denn Thun ist letzten Endes nicht an höfischen Einflüsterungen gescheitert, nicht an außenpolitischem Druck, an dem es Eulenburg nicht hatte fehlen lassen, auch nicht am Ausgleich mit Ungarn, bei dem Bánffy wie Széll den Einsatz von § 14 in Cisleithanien letztlich hinnahm. Thun stürzte an der Drohung der Deutschen, die Delegationswahlen im Abgeordnetenhaus nicht mitzumachen. (Die Mitglieder der Delegation waren nicht nach Gutdünken vom Plenum zu wählen, sondern nach einem Proporz aus den Abgeordneten der einzelnen Länder; wenn die aus den deutschen Alpen- und Donauländern sich nicht wählen ließen, kam nur eine „Rumpfdelegation“ zustande, die Goluchowski nicht akzeptierte.) Thun stürzte somit doch am Parlament, aber nicht an dessen Mehrheit, sondern an dessen Minderheit. Clary hat dann sogleich das analoge Problem, diesmal mit der „rechten“ Majorität. Dieses läßt sich noch durch Zureden lösen. Denn die „Rechte“ will weder Verantwortung für die Beschädigung der gemeinsamen Außen- und Militärpolitik der Monarchie als ganzer auf sich laden, noch will sie Kaiser, Außen- und Kriegsminister gegen sich aufbringen. Denn sie sieht voraus, daß die sehr bald über Clarys Nachfolge werden entscheiden müssen. Ihre Chance ist, daß die Deutschösterreicher sich gegen den § 14 festgelegt haben. So wie Clary, um den Deutschösterreichern zu entsprechen und deren kurzichtiges Begehren zu erfüllen, auf § 14 verzichtet, scheint ihre Stunde zu kommen. Denn ein Funktionär des Systems der konstitutionellen Monarchie hat damit das Instrument beiseite gelegt, das dieses System noch aufrecht erhält, wenn dessen traditionelle Praxis nicht mehr greift, regierungskonforme Mehrheiten zu schaffen. Wenn die „Rechte“ als Mehrheit existiert und weder zu sprengen noch auf Regierungskurs zu manövrieren ist – auch nicht durch Franz Josephs persönliche Interventionen – was bleibt dann als eine Regierung in ihrem Sinne, was bleibt anderes als De-facto-Parlamentarisierung der Regierung? Széll und Aehrenthal versuchen dieser Konsequenz zu entkommen: Széll schlägt als Alternative zur erneuten Wendung nach der „rechten“ Seite hin simpel Rückkehr zum § 14 vor oder, noch drastischer, „ex-lex-Zustand“. Aehrenthal empfiehlt, noch ist Clary im Amt, ebenfalls, den § 14 zumindest als Regierungswaffe intakt zu halten: der „Rechten“ könne dann gedroht werden, ihn gegen sie einzusetzen, wenn sie der Regierung im Abgeordnetenhaus nicht bewillige, was diese wünsche (z. B. das Überweisungsgesetz), den Deutschen könne dann gesagt werden, sie hätten, um für sie Schlimmeres zu vermeiden, wenigstens diese Drohung nach rechts zu dulden. Aehrenthal taktiert kompliziert, vielleicht nicht sehr aussichtsreich, aber einmal mehr innerhalb der traditionellen Systemlogik. Die Deutschösterreicher verkennen das, und Eulenburg stimmt ihnen sonderbarerweise zu. Szélls Ideen läßt er unkommentiert, gegen Aehrenthal aber polemisiert er. Wohl bringt er auch ein taktisches Argument für Clarys Verhalten vor; er sagt, nur durch dessen Festlegung gegen § 14 könnten die anderen Parteien „die Partei Schönerer-Wolf im Zaum halten“. Aber in der Hauptsache diagnostiziert er, daß Aehrenthal sich mit seinen Erwägungen unter die „Feudalen“ einreihen, deren Beifall gewinnen wolle.⁸⁴ Eulen-

⁸⁴ PA Österreich 70, 36. Bd.: Kopie eines Berichtes des deutschen Botschafters Tschirschky aus St. Petersburg vom 4. 12. 1899 und Kommentar Eulenburgs dazu vom 13. 12. 1899.

burg versteht sozusagen die politische Welt nicht mehr, mindestens nicht mehr die der konstitutionellen Monarchie (die in Berlin aber gleichzeitig von Bismarck bis Bülow praktiziert wurde und wird). Zwei Wochen später, als Clary gefallen ist, bleiben ihm nur mehr ratlose Raisonsnements: Clary hätte sich nicht so fest festlegen sollen, Provisorien seien vorzuziehen, Mißstimmung herrsche.

Dem historischen Rückblick erschließt sich freilich auch: Die zeitgenössische „Modernisierung“ von Politik überhaupt, manifestiert insbesondere in der politischen Mobilisierung von Massen, wodurch z. B. die „Partei Schönerer-Wolf“ die traditionellen deutschösterreichischen Parteien seit 1897 permanent in die Defensive gedrängt hatte und tendenziell auch die jüngeren, die Christlichsozialen und sogar die Sozialdemokraten, brachte mit dem hergebrachten Politikmanagement „von oben“, der Steuerung des Parlaments durch den Monarchen, seine Regierungen und Ratgeber, das System der konstitutionellen Monarchie selbst an seine Grenzen. Das zeigte sich vor 1914 gerade auch im Deutschen Reich. Aber Cisleithanien mit seinen ethnisch-nationalen (Sub-)Gesellschaften und ihren Parteien taugte nicht ohne weiteres für die „moderne“ Alternative, für Parlamentarisierung des politischen Systems, besonders des Regierungssystems. Österreich-Ungarn generell, Cisleithanien speziell waren eben „anders“.